

**INGO PORADA** POSTFACH 11 02 45, 97029 WÜRZBURG, GERMANY

韻  
悟  
鳳  
雷  
多

telephone: +<sup>49</sup>931<sup>45462765</sup> (fixed) & +<sup>49</sup>1520<sup>1371640</sup> (mobile)

fax: +<sup>49</sup>931<sup>40629887</sup> | : i.ng.o  | online: 

Herr Roland Klein  
Rechtsanwälte Bildl, Klein und Kollegen  
Steinbachtal 2 b  
97082 Würzburg

27. März 2014

Sehr geehrter Herr Klein,

mit diesen Zeilen möchte ich mich erkundigen, ob Sie mich zu dem nachstehend beschriebenen Sachverhalt beraten können.

Ich bin am 28. Oktober 2013 von der Sigma Inventuren und Bestandskontrollen GmbH für eine bis zum 28. Februar 2014 befristete geringfügige Beschäftigung als Inventur-Helfer eingestellt worden. Während der somit ursprünglich vorgesehenen fünf Monate der Laufzeit jenes Arbeitsvertrages habe ich über 130 Überstunden gearbeitet, die mir auf ein Stundenkonto gutgeschrieben worden sind. Ferner habe ich mir im gleichen Zeitraum einen Urlaubsanspruch von *circa* elf Tagen erarbeitet. Zum Zeitpunkt des geplanten Enddatums jenes Arbeitsverhältnisses waren die Überstunden nicht durch einen Freizeitausgleich abgegolten, und ich hatte auch keinen Tag Urlaub genommen.

Vor ein paar Tagen ist mir der Geldwert meines Urlaubsanspruches und der Lohn für meine in den vorangegangenen fünf Monaten geleisteten Überstunden zusammen mit meinen mir regulär zustehenden Bezügen für meine im Februar 2014 gearbeiteten Stunden ausgezahlt worden. Schon im Januar 2014 hat mich eine städtischen Berufsberaterin dahingehend informiert, dass eine solche kumulierte und teilweise aus einer anderen Anspruchsform umgewandelte Kompensation für eine im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung eigentlich erst in der Zukunft zahlbaren Vergütung vielleicht nicht zulässig ist, unter Anderem wohl auch im Hinblick auf Sozialversicherungsbestimmungen. Stattdessen sollte, so erfuhr ich in diesem Zusammenhang, mein Arbeitsvertrag um die Anzahl von Tagen verlängert werden, die

meinem anfänglich bestehenden, sich aus Überstunden und Urlaub herleitendem, Anspruch - bei dem vereinbarten geringfügigen Beschäftigungsumfang - entspricht, so dass ich also in jenem Verlängerungszeitraum weiterhin mit 450 Euro *pro* Monat entlohnt würde, während mir allerdings keine Arbeit mehr zugewiesen würde.

Davon abgesehen ist es in dieser Situation auch meine Sorge, dass die kombinierte Auszahlung, in einem Betrag, des Geldwertes meines Urlaubsanspruches, des Lohnes für meine in den vorangegangenen fünf Monaten geleisteten Überstunden und meiner mir regulär zustehenden Bezüge für meine im Februar 2014 gearbeiteten Stunden, in diesem Monat, meinen Anspruch auf Arbeitslosengeld in diesem Monat mehr verringert als es der Fall wäre, wenn mir nur 450 Euro, wie in den vorangegangenen Monaten, ausbezahlt würden, oder - anders betrachtet - dass ich von meinem zum Ende des vergangenen Monats verbleibenden Vergütungsanspruch *vis-à-vis* der Sigma Inventuren und Bestandskontrollen GmbH bei einer solchen kumulierten und teilweise aus einer anderen Anspruchsform umgewandelte Kompensation einen größeren Teil in der Verrechnung mit meinem Anspruch auf Arbeitslosengeld in diesem Monat verlieren würde. Mein Wunsch ist daher, insofern als die eben erwähnte, mir von der städtischen Berufsberaterin gegebene Auskunft richtig ist, eine Verlängerung meines Arbeitsvertrages zu erbitten, zum Zwecke des ‚Streckens‘ meines verbleibenden Vergütungsanspruches auf mehrere monatliche Raten von jeweils höchstens 450 Euro. Ich stelle mir vor, dass es zunächst am besten wäre, wenn Sie es mir durch Ihre Beratung ermöglichen könnten, dieses Ansinnen, mit Verweis auf die Rechtsgrundlage, der Sigma Inventuren und Bestandskontrollen GmbH selbst vorzutragen, so dass das bestehende gute Verhältnis zwischen jener Partei und mir nicht durch eine direkte Kommunikation von Ihnen nach dort gestört wird und die Möglichkeit meiner Wiederbeschäftigung in der nächsten ‚Inventur-Saison‘ erhalten bleibt. Zu Ihrer spezifischen Orientierung lege ich Fotokopien meines Arbeitsvertrages, meiner letzten zwei Abrechnungen der Brutto- / Netto-Bezüge und des Schreibens ‚Vorläufige Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts‘ vom Jobcenter der Stadt Würzburg vom 19. Februar 2014 bei.

Ihrer baldigen Nachricht sehe ich sehr entgegen. Einstweilen bedanke ich mich bestens für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüßen



DV 02 0,90 Deutsche Post 



Herrn  
Ingo Porada  
Riemenschneiderstr. 1  
97072 Würzburg

Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht:  
Mein Zeichen: 730  
Nummer BG: 75906BG0020809  
(Bei jeder Antwort bitte angeben)  
  
Name: Frau Roth  
Telefon: 0931 2996 435  
Telefax: 0931 2996 497  
E-Mail:  
Datum: 19.02.2014

## Vorläufige Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts

Sehr geehrter Herr Porada,

für Sie werden aufgrund Ihres Antrags vom 14.02.2014 Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) für die Zeit vom 01.03.2014 bis 31.08.2014 vorläufig in folgender Höhe bewilligt:

**Monatlicher Gesamtbetrag vom 01.03.2014 bis 31.08.2014 in Höhe von 202,00 Euro**

monatliche Leistung (alle Betragsangaben in Euro)	
Name, Vorname	Bedarfe für Unterkunft und Heizung
Porada, Ingo	202,00

Sie erzielen schwankendes Einkommen, so das vorerst nur eine vorläufige Bewilligung erfolgen kann. Erst nach Vorlage der Verdienstbescheinigungen kann eine endgültige Bewilligung erfolgen.

### Begründung:

Wie sich die Leistungen im Einzelnen zusammensetzen, können Sie dem Berechnungsbogen entnehmen.

#### vorläufige Bewilligung

Die Entscheidung über die vorläufige Bewilligung beruht auf § 40 Absatz 2 Nummer 1 SGB II in Verbindung mit § 328 Absatz 1 Satz 1 Drittes Buch Sozialgesetzbuch - SGB III.

Sie erhalten erneut einen Bescheid, sobald über Ihren Antrag endgültig entschieden werden kann und Ihr Anspruch von den hier bewilligten vorläufigen Leistungen abweicht. Die bis dahin gezahlten vorläufigen Leistungen werden auf die zustehende Leistung angerechnet. Gegebenenfalls sind zu viel gezahlte Leistungen zu erstatten. Sofern sich keine Änderungen ergeben, erhalten Sie nur dann erneut einen Bescheid, wenn Sie dies beantragen (§ 40 Absatz 2 Nummer 1 SGB II in Verbindung mit § 328 Absatz 2 SGB III).

### Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung aufgrund des Bezugs von Arbeitslosengeld II:

- Porada, Ingo ist in der Kranken- und Pflegeversicherung bei der AOK BAYERN vom 01.03.2014 bis

Dienstgebäude  
Bahnhofstr. 7  
  
97070 Würzburg

Telefon  
0931 2996 0  
Telefax  
0931 2996 111  
Internet  
www.arbeitsagentur.de

Öffnungszeiten  
Mo: 08:30 - 13:00 Uhr  
Di: 08:30 - 12:00, 14:00 - 16:00 Uhr  
Mi: 08:30 - 13:00 Uhr  
Do: 08:30 - 12:00, 14:00 - 17:00 Uhr  
Fr: 08:30 - 12:00 Uhr

Bankverbindung  
Jobcenter Würzburg  
Bundesbank  
BIC: MARKDEF1760  
IBAN: DE5076000000076001617





31.08.2014 pflichtversichert.

- Für Porada, Ingo wird der Deutschen Rentenversicherung vom 01.03.2014 bis 31.08.2014 die Zeit des Bezuges von Arbeitslosengeld II gemeldet. Der Rententräger prüft, ob eine Anrechnungszeit berücksichtigt werden kann.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann jeder Betroffene oder ein von diesem bevollmächtigter Dritter innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erheben. Für Minderjährige oder nicht geschäftsfähige Personen handelt deren gesetzlicher Vertreter. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der im Briefkopf genannten Stelle einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen  
Jobcenter Würzburg

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne Unterschrift wirksam.

**Anlagen**

Gesetzestexte zu Ihrer Information

Berechnungsbogen

Bescheinigung zur Vorlage bei dem Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio

Hinweis: Eine Erläuterung des Bescheides finden Sie unter: [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de) > Bürgerinnen & Bürger > Arbeitslosigkeit > Grundsicherung > Der Bescheid



## Ergänzende Erläuterungen:

- Die Leistungen sichern Ihren Lebensunterhalt, solange Sie hilfebedürftig sind. Erwerbsfähige Leistungsberechtigte müssen sich vorrangig und eigenverantwortlich um die Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit bemühen. Grundsätzlich ist dabei jede Erwerbstätigkeit zumutbar.
- Erwerbsfähige Leistungsberechtigte müssen aktiv an allen Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit mitwirken. Dazu gehört auch der Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung. Können Sie keine Erwerbstätigkeit finden, müssen Sie auf Verlangen des zuständigen Trägers eine angebotene Arbeitsgelegenheit übernehmen und Ihre Bewerbungsaktivitäten nachweisen.
- Die Leistungen wurden nach den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen aller Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft berechnet, die Sie bei der Antragstellung angegeben und nachgewiesen haben.
- In der Regel werden **erwerbsfähige Leistungsberechtigte** in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der sozialen Pflegeversicherung versichert. Die Krankenkasse entscheidet abschließend, ob eine Familienversicherung besteht. Bitte beachten Sie die weiteren Hinweise im Merkblatt SGB II - insbesondere auch zum Krankenkassenwahlrecht und zu Kündigungsmöglichkeiten. Als **nicht erwerbsfähiger Leistungsberechtigter** (Bezieher von Sozialgeld) setzen Sie sich bitte mit der für Sie zuständigen Krankenkasse in Verbindung, um den Versicherungsschutz in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zu klären.
- Aus datenschutzrechtlichen Gründen werden die Leistungen auf dem Überweisungsträger verschlüsselt mit einer Kennziffer angegeben (7200 bis 7209).
- Die Bundesagentur für Arbeit ist verpflichtet, die "Verordnung (EU) Nr. 260/2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009" (SEPA-Verordnung) umzusetzen. Danach werden künftig für eine Überweisung nicht mehr Bankleitzahl und Kontonummer benötigt, sondern **IBAN** (International Bank Account Number) und **BIC** (Bank Identifier Code). Sofern Sie als Bankverbindung Kontonummer und Bankleitzahl angegeben haben, werden diese ab August 2013 automatisiert in IBAN und BIC umgewandelt.
- Die Leistungen umfassen in der Regel auch die zu berücksichtigenden Bedarfe für Unterkunft und Heizung. Sie sind selbst dafür verantwortlich, Ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber Vermieter/Eigentümer und Energielieferanten nachzukommen.
- Soweit die Höhe der Regelbedarfe zum Jahreswechsel rechtlich angepasst wird, werden auch Ihre diesbezüglichen Bescheide automatisch angepasst. Eines gesonderten Antrags hierzu bedarf es nicht.
- Die Leistungen werden in der Regel für sechs Monate bewilligt und monatlich im Voraus gezahlt. Anspruch besteht für jeden Kalendertag. Der Monat wird mit 30 Tagen berechnet. Stehen Leistungen nur für einen Teil eines Monats zu, wird die Leistung anteilig erbracht. In Teilmonaten können sich bei der Darstellung der einzelnen Berechnungsschritte im Berechnungsbogen Rundungsdifferenzen ergeben. Diese wirken sich jedoch nicht auf die Leistungshöhe aus.
- Ändert sich in Ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen etwas, das sich auf Ihre Leistungen auswirken kann, müssen Sie dies ohne Aufforderung dem Jobcenter unverzüglich mitteilen. Dies gilt für Sie und die mit Ihnen zusammenlebenden Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft. Dies betrifft zum Beispiel:
  - Arbeitsaufnahme, Aufnahme Ausbildung/Studium
  - Änderung der Einkommens-/Vermögensverhältnisse
  - Beantragung/Bewilligung von Renten oder sonstigen Leistungen
  - Änderung der Bankverbindung
  - Aus- oder Zuzug einer Person
  - Arbeitsunfähigkeit
  - Bedarfe für Unterkunft und Heizung, insbesondere Heiz- und Betriebskostenabrechnungen
 Bitte benutzen Sie dafür den Vordruck "Veränderungsmitteilung (VÄM)" und legen entsprechende Nachweise bei.
- Für jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft kann ein Abrufersuchen gegenüber dem Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) gestellt werden, um die Einkommens- und Vermögensverhältnisse Ihrer Bedarfsgemeinschaft zu klären (§ 93 Absatz 8 und 9 der Abgabenordnung). Das BZSt übermittelt die Kontenstammdaten Ihrer Konten (unter anderem Name des Kontoinhabers, Geburtsdatum, IBAN und Verfügungsberechtigung). Dies betrifft auch die Konten, die nicht länger als drei Jahre aufgelöst sind.
- Sie müssen immer unter der von Ihnen benannten Adresse erreichbar sein. Sie sind verpflichtet, den Zeitraum und die Dauer einer geplanten Ortsabwesenheit mit Ihrem persönlichen Ansprechpartner vorher abzustimmen. Unerlaubte Abwesenheit kann dazu führen, dass Ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld II/Sozialgeld wegfällt und die Leistungen zurückgefordert werden.
- Diesen Bescheid können Sie - gegebenenfalls zusammen mit dem Beleg für die zuletzt an Sie ausgezahlten Leistungen - nutzen, um gegenüber der Krankenkasse und sonstigen Stellen Ihren Leistungsbezug nachzuweisen.





Auszug aus dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)

§ 40 SGB II

Anwendung von Verfahrensvorschriften

- (1) Für das Verfahren nach diesem Buch gilt das Zehnte Buch. Abweichend von Satz 1 gilt § 44 Absatz 4 Satz 1 des Zehnten Buches mit der Maßgabe, dass anstelle des Zeitraums von vier Jahren ein Zeitraum von einem Jahr tritt.
- (2) Entsprechend anwendbar sind die Vorschriften des Dritten Buches über
  1. die vorläufige Entscheidung (§ 328) mit der Maßgabe, dass auch dann vorläufig entschieden werden kann, wenn die Gültigkeit einer Satzung oder einer anderen im Rang unter einem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschrift, die nach § 22a Absatz 1 und dem dazu ergangenen Landesgesetz erlassen worden ist, Gegenstand eines Verfahrens bei einem Landessozialgericht, dem Bundessozialgericht oder einem Verfassungsgericht ist;
  2. die Aufhebung von Verwaltungsakten nach § 330 Absatz 1 mit der Maßgabe, dass bei der Unwirksamkeit einer Satzung oder einer anderen im Rang unter einem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschrift, die nach § 22a Absatz 1 und dem dazu ergangenen Landesgesetz erlassen worden ist, auf die Zeit nach der Entscheidung des Landessozialgerichts abgestellt wird;
  3. die Aufhebung von Verwaltungsakten (§ 330 Absatz 2, 3 Satz 1 und 4);
  4. die vorläufige Zahlungseinstellung nach § 331 mit der Maßgabe, dass die Träger auch zur teilweisen Zahlungseinstellung berechtigt sind, wenn sie von Tatsachen Kenntnis erhalten, die zu einem geringeren Leistungsanspruch führen;
  5. die Erstattung von Beiträgen zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung (§ 335 Absatz 1, 2 und 5).
- (3) <sup>1</sup>§ 50 Absatz 1 des Zehnten Buches ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass Gutscheine in Geld zu erstatten sind. <sup>2</sup>Die leistungsberechtigte Person kann die Erstattungsforderung auch durch Rückgabe des Gutscheins erfüllen, soweit dieser nicht in Anspruch genommen wurde. <sup>3</sup>Eine Erstattung der Leistungen nach § 28 erfolgt nicht, soweit eine Aufhebungsentscheidung allein wegen dieser Leistungen zu treffen wäre.
- (4) <sup>1</sup>Abweichend von § 50 des Zehnten Buches sind 56 Prozent der bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes berücksichtigten Bedarfe für Unterkunft nicht zu erstatten. <sup>2</sup>Satz 1 gilt nicht in den Fällen des § 45 Absatz 2 Satz 3 des Zehnten Buches, des § 48 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 und 4 des Zehnten Buches sowie in Fällen, in denen die Bewilligung lediglich teilweise aufgehoben wird.
- (5) § 28 des Zehnten Buches gilt mit der Maßgabe, dass der Antrag unverzüglich nach Ablauf des Monats, in dem die Ablehnung oder Erstattung der anderen Leistung bindend geworden ist, nachzuholen ist.
- (6) Für die Vollstreckung von Ansprüchen der in gemeinsamen Einrichtungen zusammenwirkenden Träger nach diesem Buch gilt das Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz des Bundes; im Übrigen gilt § 66 des Zehnten Buches.





§ 328 SGB III

**Vorläufige Entscheidung**

- (1) Über die Erbringung von Geldleistungen kann vorläufig entschieden werden, wenn
1. die Vereinbarkeit einer Vorschrift dieses Buches, von der die Entscheidung über den Antrag abhängt, mit höherrangigem Recht Gegenstand eines Verfahrens bei dem Bundesverfassungsgericht oder dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften ist,
  2. eine entscheidungserhebliche Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung Gegenstand eines Verfahrens beim Bundessozialgericht ist oder
  3. zur Feststellung der Voraussetzungen des Anspruchs eines Arbeitnehmers auf Geldleistungen voraussichtlich längere Zeit erforderlich ist, die Voraussetzungen für den Anspruch mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vorliegen und der Arbeitnehmer die Umstände, die einer sofortigen abschließenden Entscheidung entgegenstehen, nicht zu vertreten hat.

Umfang und Grund der Vorläufigkeit sind anzugeben. In den Fällen des Satzes 1 Nr. 3 ist auf Antrag vorläufig zu entscheiden.

- (2) Eine vorläufige Entscheidung ist nur auf Antrag des Berechtigten für endgültig zu erklären, wenn sie nicht aufzuheben oder zu ändern ist.
- (3) Auf Grund der vorläufigen Entscheidung erbrachte Leistungen sind auf die zustehende Leistung anzurechnen. Soweit mit der abschließenden Entscheidung ein Leistungsanspruch nicht oder nur in geringerer Höhe zuerkannt wird, sind auf Grund der vorläufigen Entscheidung erbrachte Leistungen zu erstatten; auf Grund einer vorläufigen Entscheidung erbrachtes Kurzarbeitergeld, Winterausfallgeld und Wintergeld ist vom Arbeitgeber zurückzuzahlen.
- (4) ....



## B e r e c h n u n g s b o g e n

**Dieser Berechnungsbogen ist Bestandteil des Bescheides vom 19.02.2014.** Die Berechnung der Leistung ist im Merkblatt "SGB II - Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld)" erläutert.

Die Berechnung der Leistung gilt für den Zeitraum vom **01.03.2014** bis **31.08.2014**.

Höhe der monatlichen Bedarfe in Euro

	Gesamt	Antragsteller/in	Partner/in	Weitere Angehörige	Weitere Angehörige
Familienname		Porada			
Vorname		Ingo			
Geburtsdatum		21.09.1957			
Kundennummer		759D099846			
<b>Bedarfe zur Sicherung des Lebensunterhalts</b>					
Regelbedarfe für erwerbsfähige Leistungsberechtigte	391,00	391,00			
<b>Summe Bedarfe zur Sicherung des Lebensunterhalts</b>	<b>391,00</b>	<b>391,00</b>			
<b>Bedarfe für Unterkunft und Heizung</b>					
Anerkannte Bedarfe für Unterkunft und Heizung *) - Miete -					
Grundmiete	275,00	275,00			
<b>Summe der anerkannten Bedarfe für Unterkunft und Heizung</b>	<b>275,00</b>	<b>275,00</b>			
<b>Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft</b>	<b>666,00</b>	<b>666,00</b>			

\*) Die Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden zu gleichen Teilen auf die Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft aufgeteilt. Geringe Abweichungen sind möglich, wenn der Gesamtbetrag der Bedarfe für Unterkunft und Heizung nicht exakt durch die Personenanzahl teilbar ist.





## Zu berücksichtigendes monatliches Einkommen in Euro

Familienname		Porada			
Vorname		Ingo			
Geburtsdatum		21.09.1957			
laufendes Einkommen aus Arbeitnehmertätigkeit					
Brutto	450,00	450,00			
Netto	450,00	450,00			
abzüglich Werbungskosten *)					
Werbungskostenpauschale	15,33	15,33			
<b>zu berücksichtigendes laufendes Einkommen aus Arbeitnehmertätigkeit</b>	<b>350,00</b>	<b>350,00</b>			
Absetzungen unabhängig von der Einkommensart *)					
Pauschale	30,00	30,00			
<b>Zwischensumme nach weiteren Absetzungen</b>	<b>350,00</b>	<b>350,00</b>			
abzüglich Freibetrag auf das Erwerbseinkommen	70,00	70,00			
<b>zu berücksichtigendes Erwerbseinkommen</b>	<b>280,00</b>	<b>280,00</b>			
Einkommen aus					
Kindergeld	184,00	184,00			
<b>Summe der weiteren Einkommen</b>	<b>184,00</b>	<b>184,00</b>			
<b>zu berücksichtigendes weiteres Einkommen</b>	<b>184,00</b>	<b>184,00</b>			
<b>zu berücksichtigendes Gesamteinkommen</b>	<b>464,00</b>	<b>464,00</b>			

\*) Bei Erwerbseinkommen bis 400,00 Euro werden Werbungskosten und Absetzungen unabhängig von der tatsächlichen Höhe mit einem Betrag in Höhe von 100,00 Euro (Grundfreibetrag) berücksichtigt. Bei Erwerbseinkommen über 400,00 Euro werden die tatsächlichen Werbungskosten und Absetzungen mindestens aber 100,00 Euro berücksichtigt.

## Verteilung der Einkommensanteile unter Berücksichtigung der zuständigen Leistungsträger in Euro

Ist in einer Bedarfsgemeinschaft nicht der gesamte Bedarf aus eigenen Mitteln gedeckt, gilt jede Person der Bedarfsgemeinschaft im Verhältnis des eigenen Bedarfs zum Gesamtbedarf als hilfebedürftig. Aus diesem Grunde wird eine prozentuale Einkommensverteilung vorgenommen. Das gilt nicht für Einkommen von Kindern. Kindeseinkommen wird nur auf den Bedarf des Kindes angerechnet. Zum Kindeseinkommen zählt auch Kindergeld, soweit es zur Bedarfsdeckung des Kindes benötigt wird.

Familienname		Porada			
Vorname		Ingo			
Geburtsdatum		21.09.1957			
Gesamtbedarf	666,00	666,00			
Einkommen des Kindes	0,00	0,00			
Gesamteinkommen (ohne Kindeseinkommen)	464,00	464,00			
<b>Gesamteinkommen</b>	<b>464,00</b>	<b>464,00</b>			

## Bedarfe zur Sicherung des Lebensunterhalts (ohne Bedarfe für Unterkunft und Heizung) nach Einkommensberücksichtigung in Euro

Familienname		Porada			
Vorname		Ingo			
Geburtsdatum		21.09.1957			
Sicherung des Lebensunterhalts - ohne Bedarfe für Unterkunft und Heizung	391,00	391,00			
abzüglich zu berücksichtigendes Einkommen entsprechend der Zeile "Gesamteinkommen"	464,00	464,00			
Bedarf nach Einkommensberücksichtigung	0,00	0,00			
noch nicht verteiltes Einkommen	73,00	73,00			



## Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach Einkommensberücksichtigung

Familienname		Porada			
Vorname		Ingo			
Geburtsdatum		21.09.1957			
Bedarfe für Unterkunft und Heizung	275,00	275,00			
abzüglich noch nicht verteiltes Einkommen	73,00	73,00			
Bedarf nach Einkommensberücksichtigung	202,00	202,00			

## Gesamtbetrag der monatlich zustehenden Leistungen in Euro

Im Einzelnen werden folgende monatliche Leistungen zuerkannt:

- |   |        |
|---|--------|
| - Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Leistungen der Agentur für Arbeit) | 0,00   |
| - Leistungen für Unterkunft und Heizung (Leistungen des kommunalen Trägers)         | 202,00 |

Gesamtbetrag monatlich: 202,00

## Die Leistungen werden wie folgt erbracht

Für den Zeitraum ab März/2014

Zahlungsempfänger	Erbringungsart	Bankverbindung	Zahlbetrag monatlich in Euro
BA-SH/Zentralkasse	Aufrechnung/Tilgung		74,20
Ingo Porada	Überweisung	DE52790500000046376554 (BIC: BYLADEM1SWU)	127,80

## Die Leistungen werden wie folgt erbracht

Für den Zeitraum ab April/2014

Zahlungsempfänger	Erbringungsart	Bankverbindung	Zahlbetrag monatlich in Euro
BA-SH/Zentralkasse	Aufrechnung/Tilgung		38,20
Ingo Porada	Überweisung	DE52790500000046376554 (BIC: BYLADEM1SWU)	163,80





## Abrechnung der Brutto/Netto-Bezüge für Februar 2014

Personal-Nr.	Geburtsdatum	StKl	Faktor	Ki.Frbtr.	Konfession	Freibetrag jährl. <sup>1</sup>	Freibetrag mtl. <sup>1</sup>	DBA	Gleitzone	St.-Tg.
04437	21.09.57	1		05	rk					30
SV-Nummer		Krankenkasse						PGRS	BGRS	Um.SV-Tg.
60210957P007		AOK Bayern						101	1111	2 30
Sigma Inventuren u. Bestandskontroll Lützowstraße 12 09116 Chemnitz								Eintritt		Austritt
								281013		280214
								Steuer-ID		MFB
								86713429099		Ja

VJ Url. üb.	Url. Anspr.	Url.Tg.gen.	Resturlaub
Anw. Tage	Urlaub Tage	Krankh. Tg.	Fehlz. Tage
Anw. Std.	Urlaub Std.	Krankh. Std.	Fehlz. Std.
	Zeitlohn Std.	Überstd.	Bez. Std.

Sigma Inventuren u. Bestandskontroll  
Lützowstraße 12  
09116 Chemnitz

K4000 125.412 / 1 &lt;00080&gt;5

DV 03 0,90 Deutsche Post

B/N  
GV

Hinweise zur Abrechnung

Herrn/Frau

Ingo Porada  
Riemenschneiderstraße 1  
97072 Würzburg

## Brutto-Bezüge

Lohnart	Bezeichnung	Einheit <sup>2</sup>	Menge <sup>3</sup>	Faktor <sup>3</sup>	Prozentsatz	St <sup>4</sup>	SV <sup>4</sup>	GB <sup>5</sup>	Betrag
024	Aushilfslohn					L	L	J	1.483,92

\*\*\*\* Stundenkonto: 0  
\*\*\*\* Urlaubstage: 0  
\*\*\*\* Zwingend alle! RK/Belege/ZusStd einschl. 03/14 b. 5.4.14 einreichen

## Steuer/Sozialversicherung

St <sup>4</sup>	Steuer-Brutto	Lohnsteuer	Kirchensteuer	Solidaritätszuschlag	SV <sup>4</sup>	KV-Brutto	RV-Brutto	AV-Brutto	PV-Brutto	KV-Beitrag	RV-Beitrag	AV-Beitrag	PV-Beitrag <sup>6</sup>	SV-rechtliche Abzüge
L	1.483,92	90,08	248		L	1.483,92	1.483,92	1.483,92	1.483,92	121,68	140,23	2226	1521	299,38

## Verdienstbescheinigung

Gesamt-Brutto	1.924,92	SV-Brutto	1.933,92
Steuer-Brutto	1.483,92	KV-Beitrag	121,68
Lohnsteuer	90,08	RV-Beitrag	157,78
Kirchensteuer	248	AV-Beitrag	2226
Solidaritätszuschlag		PV-Beitrag	1521
Steuerfreie Bezüge		VWL gesamt	
P. verst. Zuk.sich.		Kug-Auszahlung	
Pfändung Rest			
Darlehen Rest			

## Netto-Bezüge/Netto-Abzüge

Nr.	Bezeichnung	Betrag
-----	-------------	--------

Bank BYLADEM1SWU Spk Mainfranken Würzburg  
Konto DE52 7905 0000 0046 3XXX XX

SV-AG-Anteil 286,03  
Zus. AG-Kosten  
Gesamtkosten

Auszahlungsbetrag  
1.091,98

<sup>1</sup> H = Hinzurechnungsbetrag  
<sup>2</sup> Std = Stunden, T = Tage, Km = Kilometer, St = Stück  
EUR = Euro, Tsd = Tausend Euro, Mio = Million Euro  
<sup>3</sup> Gegebenenfalls Netto-Lohn/Netto-Stundenlohn

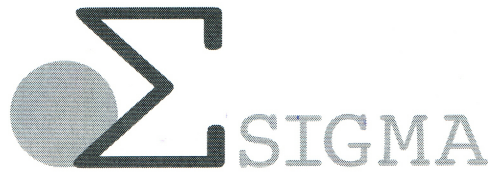
<sup>4</sup> L = Laufender Bezug, S = Sonstiger Bezug, F = Frei,  
E = Einmalbezug, P = Pauschalierung, A = Abfindung,  
M = mehrjährige Versteuerung, N = Nachberechnung  
V = Vorjahr, W = Entgeltguthaben

<sup>5</sup> J = Bestandteil des Gesamt-Bruttos  
<sup>6</sup> Z = Einschl. Beitragszuschlag zur PV für Kinderlose  
<sup>7</sup> MFB = Mehrfachbeschäftigung





**DATEV**



**Arbeitsvertrag  
„Minijob“ auf 450-Euro-Basis**

**zwischen**

**Sigma Inventuren- und Bestandskontrollen GmbH,  
Lützowstr. 12, 09116 Chemnitz**

vertreten durch den Prokuristen Herrn Tomislav Cutura,

im Folgenden: „Firma“

und

Herrn  
Ingo Porada  
Riemenschneiderstr. 1  
97072 Würzburg

im Folgenden: „Arbeitnehmer“

**§ 1 Beginn und Ende des Arbeitsverhältnisses**

1. Das Arbeitsverhältnis beginnt am 28.10.2013 und endet mit Ablauf des 28.02.2014, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
2. Die ersten 2 Monate gelten als Probezeit.

**§ 2 Tätigkeit**

1. Der Arbeitnehmer wird angestellt als Inventurmitarbeiter. Zu seinem Aufgabengebiet gehören insbesondere, aber nicht abschließend nachfolgende Tätigkeiten:  
  
Die Mengenerfassung von Artikeln / Waren bei Inventuren
2. Die Firma behält sich, unter Wahrung der Interessen des Arbeitnehmers, die Zuweisung eines anderen Arbeitsgebietes vor. Der Vorbehalt gilt auch für künftig übertragene Arbeitsgebiete.
3. Dem Arbeitnehmer ist es bekannt, dass die Arbeiten regelmäßig vor Ort bei dritten Firmen zu erbringen sind. Der Arbeitnehmer wird die geforderte Arbeitsleistung (auch) außerhalb des Firmensitzes erbringen.

**§ 3 Flexible Arbeitszeit**

1. Arbeitstage sind Werktage von Montag bis Samstag, je einschließlich.



2. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit für einzelne Arbeitnehmer oder den ganzen Betrieb kann je nach Auftragslage oder besonderen betrieblichen Erfordernissen im Rahmen der Jahresarbeitszeit schwanken.
3. Die Wochenarbeitszeit kann zwischen 0 und 40 schwanken. Im Ausgleichszeitraum von 12 Monaten beträgt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 10,5 Stunden.
4. Der Ausgleichszeitraum von 12 Monaten beginnt mit dem 28.10.2013 und endet mit Ablauf des 27.10. eines jeden Kalenderjahres. Endet das Arbeitsverhältnis innerhalb des Ausgleichszeitraums, endet der Ausgleichszeitraum mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses.
5. Für jeden Arbeitnehmer wird ein Arbeitszeitkonto geführt. Der monatliche Saldo (Mehr- bzw. Minderarbeitsstunden im Verhältnis zur durchschnittlichen Arbeitszeit) wird in der Lohnabrechnung ausgewiesen. Der Saldo gilt als vom Arbeitnehmer anerkannt, wenn er diesem nicht spätestens bis zum Ablauf des übernächsten Monats widerspricht, für den der Saldo ermittelt wurde.
6. Am Ende des Ausgleichszeitraums wird das Arbeitszeitkonto abgerechnet. Eventuelle Mehrarbeitsstunden und Minderarbeitsstunden werden in den nächsten Abrechnungszeitraum übertragen. Nach Ablauf von 3 Monaten werden Mehrarbeitsstunden, die bis dahin wegen betrieblicher Erfordernisse nicht abgebaut worden sind, an den Arbeitnehmer ausbezahlt. Die Bruttovergütung, die bis zu diesem Zeitpunkt aufgrund verbliebener Minderarbeitsstunden zu viel ausbezahlt worden ist (Vorschüsse), wird von der Bruttovergütung der folgenden Monate abgezogen.
7. Für Zeiträume, für die das Arbeitsentgelt ohne Arbeitsleistung fortzuzahlen ist (z. B. Krankheit, Urlaub, Feiertage), geschieht dies auf der Grundlage der durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit von 1,75 Stunden.
8. Mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses wird das Arbeitszeitkonto abgerechnet. Noch nicht ausbezahlte Mehrarbeitsstunden werden an den Arbeitnehmer ausbezahlt. Die Bruttovergütung, die aufgrund verbliebener Minderarbeitsstunden zu viel ausbezahlt worden ist (Vorschüsse), ist vom Arbeitnehmer zurückzubezahlen.
9. Der Arbeitnehmer erbringt die Arbeitsleistung auf Abruf durch die Firma. Lage und Dauer der Arbeitszeiten werden von der Firma entsprechend dem Arbeitsanfall festgelegt.
10. Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, Nacht-, Wechsel- und Mehrarbeit zu leisten, es sei denn, ein betriebliches Interesse besteht nicht. Zuschläge werden nur für Nachtarbeit bezahlt.
11. Reisezeiten zwischen Firmensitz bzw. Sammelstelle und Einsatzort bzw. Auftraggeber sind nicht Arbeitszeit.

#### **§ 4 Vergütung**

1. Der Arbeitnehmer erhält einen Stundenlohn von EUR 8,20 brutto.
2. Die Vergütung ist jeweils am 15. des Folgemonats fällig. Die sich aus der Abrechnung ergebende Nettovergütung wird bargeldlos auf ein vom Arbeitnehmer zu bezeichnendes Konto überwiesen.
3. Reisezeiten zwischen Firmensitz bzw. Sammelstelle und Einsatzort bzw. Auftraggeber werden mit einer Quote von 40 % je Arbeitsstundensatz vergütet.

## **§ 5 Freiwillige Leistungen**

Leistungsprämien, Boni, Gratifikationen, Jahresprämien oder sonstige Sonderzuwendungen sind, auch wenn sie wiederholt gezahlt werden, freiwillige Leistungen der Firma. Die Firma behält sich die Entscheidung vor, ob und in welcher Höhe Leistungsprämien, Boni, Gratifikationen, Jahresprämien oder sonstige, Sonderzuwendungen gezahlt werden.

## **§ 6 Gehaltsverpfändung und -abtretung**

1. Die Verpfändung oder Abtretung der Vergütung ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der Firma zulässig.
2. Der Arbeitnehmer hat durch die Pfändung, Verpfändung oder Abtretung erwachsene Kosten zu tragen. Die Kosten sind pauschaliert und betragen je zu berechnender Pfändung, Verpfändung oder Abtretung 1,5 % des gepfändeten oder abgetretenen Betrages, wenn der Pfändungsfreibetrag aus der Tabelle abgelesen wird, sonst 3 % und je notwendiger Überweisung EUR 15,00. Die Firma ist berechtigt, bei Nachweis der höheren tatsächlichen Kosten, diese zu verlangen.

## **§ 7 Nebenleistungen (Fahrkosten, Kraftfahrzeug)**

1. Für Reisen, die im Interesse der Firma notwendig werden, erhält der Arbeitnehmer eine Reisekostenpauschale, die sich nach der Länge der täglichen Abwesenheit vom Wohnort richtet. Der Arbeitnehmer erhält bei Abwesenheit vom Wohnort von über 14 Stunden eine Reisekostenpauschale in Höhe von EUR 12,00 je Tag und bei Abwesenheit von über 24 Stunden EUR 24 je Tag. Der Arbeitnehmer erbringt für die Abwesenheit den Nachweis. Nachweise werden max. 3 Monate rückwirkend anerkannt. Sollten diese Beträge aufgrund von einer Gesetzesänderung nicht mehr steuerfrei bezahlt werden können, werden sie nach unten bis zu den Beträgen angepasst, die nach der Gesetzesänderung steuerfrei bezahlt werden können. Werden die Beträge, die als Reisekostenpauschale steuerfrei bezahlt werden können, aufgrund einer Gesetzesänderung aufgehoben, findet eine Anpassung nicht statt.
2. Die Firma übernimmt als Spesen Übernachtungskosten, wenn und somit Reiseübernachtungen im Interesse der Firma notwendig werden und die Buchung der Übernachtung über die Firma erfolgt.
3. Benutzt der Arbeitnehmer einen eigenen Pkw, so werden für jeden gefahrenen Kilometer zwischen Firmensitz und Sammelstelle und Einsatzort bzw. Auftraggeber EUR 0,24 vergütet. Der Arbeitnehmer erbringt für die Zahl der gefahrenen Kilometer den Nachweis.
4. Die Haftung der Firma im Zusammenhang mit der Kraftfahrzeugbenutzung auftretende Personen- oder Sachschäden nach Personen – ist ausgeschlossen. Der Arbeitnehmer stellt die Firma von sämtlichen Ansprüchen frei, die in diesem Zusammenhang von Dritten gegen die Firma geltend gemacht werden.

## **§ 8 Arbeitsverhinderung**

1. Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, der Firma eine krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit oder sonstige Arbeitsverhinderung und deren voraussichtliche Dauer unverzüglich mitzuteilen, jedenfalls vor Arbeitsbeginn. Dauert eine krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit länger als 3 Kalendertage, hat der Arbeitnehmer eine ärztliche Bescheinigung über das Bestehen der Arbeitsunfähigkeit sowie deren voraussichtliche Dauer spätestens vor Ablauf des 3. Kalendertages vorzulegen. Die Firma ist berechtigt, die Vorlage der ärztlichen Bescheinigung früher zu verlangen. Dauert die Ar-



beitsunfähigkeit länger als in der Bescheinigung angegeben, so ist der Arbeitnehmer verpflichtet, innerhalb von 3 Kalendertagen eine neue Bescheinigung einzureichen.

2. Der Arbeitnehmer erklärt, dass er arbeitsfähig ist, an keiner ansteckenden Krankheit leidet und keine sonstigen Umstände vorliegen, die ihm die vertraglich zu leistende Arbeit jetzt oder in naher Zukunft wesentlich erschweren oder unmöglich machen.

## **§ 9 Urlaub**

Der Arbeitnehmer erhält kalenderjährlich Erholungsurlaub von 24 Kalendertagen (Montag bis Samstag). Die Urlaubsgewährung folgt auf der Grundlage einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 1,75 Stunden je Arbeitszeittag.

## **§ 10 Verschwiegenheitspflicht, Rückgabe von überlassenen Gegenständen**

1. Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, über alle vertraulichen Angelegenheiten und Vorgänge, die ihm im Rahmen der Tätigkeit zur Kenntnis gelangen, auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses, strengstes Stillschweigen zu bewahren.

Dies umfasst insbesondere und auch alle vertraulichen Angelegenheiten und Vorgänge der Kunden der Firma, bei denen der Arbeitnehmer Inventurdienstleistungen erbringt. Auch über solche vertraulichen Angelegenheiten und Vorgänge wird der Arbeitnehmer strengstes Stillschweigen, auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses bewahren.

Technische, kaufmännische und persönliche Vorgänge und Verhältnisse, die dem Arbeitnehmer im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit bekannt werden, gelten im Zweifel als solche vertrauliche Angelegenheiten und Vorgänge. Vor einer etwaigen Offenlegung ist der Arbeitnehmer verpflichtet, eine Weisung der Firma einzuholen.

2. Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, den ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit übergebenen Leitfaden sowie weiteres Schulungsmaterial der Firma nicht zu vervielfältigen, Dritten nicht zugänglich zu machen und auf Verlangen der Firma unverzüglich an diese herauszugeben.
3. Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, sämtliche Gegenstände, insbesondere Unterlagen, auch selbst angefertigte Aufzeichnungen und Notizen, Kopien und sonstige Vervielfältigungen hiervon, auch wenn sie auf elektronischen Datenträgern gespeichert sind (Disketten, CD-ROM etc.), die im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in seinen Besitz gelangt sind, auf Verlangen der Firma unverzüglich an diese herauszugeben.
4. Der Arbeitnehmer ist auf das Datengeheimnis verpflichtet. Die Verpflichtungserklärung auf das Datengeheimnis bildet einen Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Firma hat dem Arbeitnehmer vor Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung ein Merkblatt zum Datengeheimnis ausgehändigt.
5. Darüber hinaus wird der Arbeitnehmer auf Verlangen der Firma bezogen auf den jeweiligen Kunden der Firma eine gesonderte Vertraulichkeitserklärung unterzeichnen, wenn der Kunde diese verlangt.

## **§ 11 Einwilligung zur Aufnahme personenbezogener Daten**

Der Arbeitnehmer stimmt hiermit der Erhebung und Nutzung seiner Daten unter Einschluss von personenbezogenen Daten zu, soweit sie im Rahmen der Zweckbestimmung des Arbeitsverhältnisses erfolgt. Diese Zustimmung gilt auch für das Anbahnungsverhältnis im

Vorfeld eines etwaigen Arbeitsverhältnisses. Davon unberührt bleiben gesetzliche Verpflichtungen der Firma zur Verarbeitung oder Übermittlung personenbezogener Daten.

## § 12 Taschenkontrolle

Die Firma ist berechtigt, stichprobenartig Taschenkontrollen durchzuführen. Dies kann sowohl präventiv, als auch anlassbezogen erfolgen.

## § 13 Kündigung des Arbeitsverhältnisses.

Jeder Vertragspartner ist berechtigt, das Arbeitsverhältnis ordentlich zu kündigen. Während der Probezeit beträgt die Kündigungsfrist zwei Wochen. Nach Ablauf der Probezeit beträgt die Kündigungsfrist 4 Wochen zum 15. des Monats oder zum Monatsende, soweit nicht gesetzlich längere Kündigungsfristen gelten. Das Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

## § 14 Ausschlussfristen

1. Alle Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis verfallen, wenn sie nicht binnen drei Monaten nach Fälligkeit gegenüber der anderen Vertragspartei schriftlich geltend gemacht werden.
2. Abs. 1 gilt auch für Ansprüche, die mit dem Arbeitsverhältnis im Zusammenhang stehen.
3. Abs. 1 und Abs. 2 gelten nicht bei einer Haftung wegen Vorsatz.

## § 15 Weitere Beschäftigungen

1. Der Arbeitnehmer versichert, derzeit ~~keine~~/folgende weitere Beschäftigung/~~selbstständige Tätigkeit(en)~~ auszuüben:  
Arbeitgeber: ..... *gelegentliche Call-Center-Dienstleistungen*  
Datum der Arbeitsaufnahme: ..... *und Übersetzungsaufträgen auf*  
Entgelt pro Monat: ..... *unterschiedlich* *selbstständiger Basis*  
Bei Zusammentreffen aller geringfügigen Beschäftigungen einschließen dieser beträgt das Arbeitsentgelt nicht mehr als EUR 450,00 monatlich; dies wird hiermit durch den Arbeitnehmer ausdrücklich versichert.

2. Vor Aufnahme jeder weiteren entgeltlichen Tätigkeit oder deren Änderung ist der Arbeitgeber über Arbeitszeit, -entgelt und Arbeitgeber unverzüglich und vollständig zu informieren.
3. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Aufnahme weiterer Beschäftigungen oder deren Änderungen zu einer umfassenden Sozialversicherungspflicht auch dieses Arbeitsverhältnisses führen kann. Der Verstoß gegen die Mitteilungspflicht, oder bei unrichtiger Angabe ist der Arbeitnehmer verpflichtet, dem Arbeitgeber evtl. Ansprüche der Sozialversicherungsträger und des Finanzamts unverzüglich zu erstatten.



### **§ 16 Hinweis hinsichtlich des Widerspruchs der Rentenversicherungspflicht**

1. Der Arbeitnehmer hat die Möglichkeit, jederzeit gemäß §6 Abs. 1b SGB VI durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Arbeitgeber seiner Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung zu widersprechen. Dieser Widerspruch kann nur für die Zukunft und im Falle der Ausübung mehrerer geringfügiger Beschäftigungen nur einheitlich für alle Beschäftigungen erklärt werden.
2. Wird der Rentenversicherungspflicht nicht widersprochen, ist der Arbeitnehmer verpflichtet, den Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung von derzeit 15 % des Arbeitsentgelts durch einen zusätzlichen Eigenanteil bis zum vollständigen Erreichen des jeweils gesetzlich geltenden Rentenversicherungsbeitrages aufzusto-  
cken.

### **§ 17 Lohnsteuer**

Die Lohnsteuer wird in Höhe von 2 % des Arbeitsentgelts vom Arbeitgeber pauschal entrichtet und vom Arbeitsentgelt einbehalten. In dem Pauschalbetrag sind Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag enthalten.

Der Pauschalbetrag entfällt, wenn die Sigma GmbH der Hauptarbeitgeber ist und der Arbeitnehmer mit Bekanntgabe seiner Steuer-ID die Einwilligung zum Abruf der Lohnsteuerabzugsmerkmale beim Zentralamt für Steuern erteilt.

### **§ 18 Schriftform, Nebenabreden, Geltungserhaltung, Salvatorische Klausel**

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie Nebenabreden bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht. Sind einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam, so wird hierdurch die Wirksamkeit des übrigen Vertrages nicht berührt. Im Falle der Unwirksamkeit einer Bestimmung dieses Vertrages werden die Vertragspartner eine rechtswirksame Bestimmung vereinbaren, die dem Zwecke der unwirksamen Bestimmung möglichst nahe kommt.

### **§ 19 Vertragsaushändigung**

1. Beide Vertragspartner erkennen an, eine Ausfertigung des Vertrages erhalten zu haben.
2. Es wird bestätigt, dass der Vertrag von beiden Seiten vor Arbeitsaufnahme im Original unterzeichnet wurde.

Leipzig, den 21.10.2013

Würzburg, den 23.10.2013

  
M.V. Tomislav Cutura

  
Ingo Porada

  
Inventuren und Bestandskontrollen GmbH

Kurt-Eisner-Str. 15  
04275 Leipzig

Sigma-Inventuren und Bestandskontrollen GmbH  
Fax: +49 341 3068506-50  
www.inventuren.de